

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Renate Schmidt MdB unterstreicht die Ansprüche der Generation der Trümmerfrauen: Kämpfen Sie, Frau Süßmuth!

Seite 1

Joachim Poß MdB hält dem Bundesfinanzminister vor, den Mund zu voll genommen zu haben: Stoltenberg und die EG-Finanzierung.

Seite 2

Hermann Brungs stellt die Schwierigkeiten der Bundeshauptstadt im Umgang mit der Vergangenheit dar: Bonn und das Mahnmahl.

Seite 4

Wolfgang Roth MdB gratuliert Karl Schiller zum 75. Geburtstag: Die Sozialdemokraten brauchen Dich.

Seite 6

41. Jahrgang / 78

24. April 1986

Kämpfen Sie, Frau Süßmuth!

Eine Generation von Trümmerfrauen läßt sich nicht mit schönen Worten abspeisen

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Obfrau im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Nachdem die Rentnerinnen zunehmend gegen ihren Ausschluß vom rentensteigernden Babyjahr protestierten, machte im Lager der Union zumindest die CDU-Frauenvereinigung eine Kehrtwende und forderte auch für die vor 1921 geborenen Mütter die Anrechnung von Babyjahren. Die ranghöchste CDU-Frau indessen, Bundesministerin Süßmuth, stellte hierzu lediglich lapidar fest, für eine Berücksichtigung weiterer Jahrgänge fehlten derzeit die nötigen Finanzreserven.

Hier macht es sich die Frauenministerin freilich viel zu leicht: Sie resigniert statt zu kämpfen. Daß es der Bundesregierung nämlich an finanziellen Mitteln für die Generation der Trümmerfrauen fehlen solle, ist nicht einzusehen. Es ist genügend Geld vorhanden, um 1.200 Offiziere für 0,5 bis eine Milliarde DM frühzeitig zu pensionieren. Protestierenden Bauern wurde seeben eine Milliarde DM zugesagt. Über die Senkung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1987 denkt der Bundesfinanzminister laut nach.

Nur für die über 65jährigen Frauen soll kein Geld vorhanden sein, die ihre Kinder während der Kriegs- und Nachkriegsjahre großgezogen haben und von denen heute viele von Minirenten oder gänzlich von Sozialhilfe leben. Abgesehen davon, daß es sozial gerecht wäre, Mütter beim Babyjahr unabhängig von ihrem Alter gleich zu behandeln, halten auch die Hinterbliebenenverbände die Einbeziehung der Rentnerinnen in die Babyjahr-Regelung für finanzierbar: Der Reichsbund veranschlagt die Kosten auf 2,5 Milliarden DM.

Kämpfen Sie, Frau Süßmuth, eine Generation von Trümmerfrauen läßt sich nicht mit schönen Worten abspeisen.

(-/24.4.1986/va-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos: Ökonomie
mit wertvollen Rezepten
Rezept-Papier



Stoltenberg und die EG-Finanzierung

Der Bundesfinanzminister hat den Mund zu voll genommen

Von Joachim Poß MdB

Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Der Bundesfinanzminister hat in einem Interview („Süddeutsche Zeitung“ vom 19. April 1986) auch angekündigt, daß eine „gerechtere Steuerverteilung“ zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden „ein Thema von zentraler Bedeutung zu Beginn der Wahlperiode sein“ wird. Er begründete Forderungen des Bundes gegen die Länder mit den hohen EG-Lasten der Bundesrepublik, die allein beim Bund zu fehlenden Einnahmen führen und „so wächst das Steueraufkommen des Bundes sehr viel langsamer als das der Länder und Gemeinden“.

Man kann Verständnis dafür haben, daß der Bundesfinanzminister schon jetzt für die kommenden Umsatzsteuerverhandlungen mit den Ländern Positionen bezieht. Aber mit welchen Argumenten?! „Im ersten Vierteljahr 1986“, so begründet der Bundesfinanzminister in dem Interview seine Forderung, „sind die Steuereinnahmen des Bundes um 1,1 Prozent gestiegen, die der Länder um 4,9 Prozent, die der Gemeinden um mehr als fünf Prozent“. Mit diesen auseinanderfallenden Steigerungsraten in den ersten drei Monaten kann der Bundesfinanzminister vielleicht die Öffentlichkeit, aber bestimmt nicht seine Kollegen in den Ländern beeindrucken. Die wissen nämlich, daß man aus dieser Drei-Monatsentwicklung nicht viel herleiten kann. Die wissen auch, daß der Bundesfinanzminister selbst noch vor einem Monat die Veröffentlichung und Bewertung der Steuereinnahmeergebnisse von Januar und Februar unterbunden hat, weil nämlich die Zahlen nicht aussagefähig seien, insbesondere auch wegen der am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen Steuerrechtsänderung.

Anscheinend will der Bundesfinanzminister - entgegen dem ersten Eindruck - auch gar nicht das Zurückbleiben der Steuereinnahmen des Bundes gegenüber seinen Haushaltsansätzen oder gegenüber der letzten Steuerschätzung beweisen; - in diesem Fall müßte er ja auch erklären, warum die Steuerschätzung nicht mehr stimme. Warum aber sagen die von Dr. Stoltenberg genannten unterschiedlichen Steigerungsraten für die Gebietskörperschaften nichts aus?

Ein Vergleich mit der letzten Steuerschätzung für 1986 macht das deutlich. Die Steuerschätzung vom 11./12. November 1985 war bei der Aufteilung auf die Gebietskörperschaften zu folgenden Steigerungsraten für 1986 gekommen:

Bund + 2,1 Prozent

Länder + 4,8 Prozent

Gemeinden 4,2 Prozent

Also ist das jetzt festgestellte Auseinanderklaffen der Steuereinnahmentwicklung nichts Überraschendes. Aber wer ab 1987 mit den Ländern um einen gerechteren Steueranteil für den Bund verhandeln will, muß natürlich auch den Steuerzuwachs für 1987 und 1988 kennen und nennen. Die Steuerzuwachsrate für 1987 - das wird die neue Steuerschätzung in den nächsten Wochen wieder bestätigen -, liegen für die Gebietskörperschaften aber viel näher zusammen als in diesem Jahr, nämlich 4,8 Prozent beim Bund, 4,5 Prozent bei den Ländern und fünf Prozent bei den Gemeinden.

Und wenn man dann noch das Jahr 1988 (einschließlich der zweiten Stufe der Steuersenkung) miteinbezieht, dann wird in zwei Jahren eine Verbesserung der Steuereinnahmen von

rund 19 Milliarden DM beim Bund,

rund 14,5 Milliarden DM bei den Ländern,

rund 6,5 Milliarden DM bei den Gemeinden



gegenüber 1986 ersichtlich. Sind das überzeugende Daten für den Auftakt zu einer gerechteren Steuerverteilung zugunsten des Bundes? Und hat nicht der Bundesfinanzminister selbst im Interview ausgeführt:

„Ich gehe davon aus, daß wir 1987 zu konkreten politischen Folgerungen (bei der Harmonisierung der indirekten Steuern auf EG-Ebene) kommen. Deshalb ist es ein Gebot der Redlichkeit, dieses Problem in die steuerpolitische Diskussion der kommenden Wahlperiode einzubeziehen.“

Das bedeutet doch nichts anderes, als daß für die kommenden Steuerumverteilungen zwischen Bund und Ländern der Bundesfinanzminister selbst in Brüssel schon ausgehandelt hat, welche Masse an erhöhten indirekten Steuern in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen wird. Hierbei ist doch der Bund ganz überwiegend diejenige Ebene, die am meisten von erhöhten Umsatzsteuern und Verbrauchssteuern profitiert und nicht etwa die Länder und Gemeinden.

Und schließlich suggeriert der Bundesfinanzminister in dem Interview einen falschen Eindruck von der Belastung des Bundeshaushalts, wenn er unvollständig nur auf die steigenden Einnahmen-Abführungen des Bundes an die EG verweist. Er hat zwar durch die EG Abführungen 1986 4,5 Milliarden DM weniger Steuern für den Bundeshaushalt zur Verfügung, er hat aber gleichzeitig 1,6 Milliarden DM an Ausgaben des Bundeshaushalts für die EG 1986 eingespart, die er noch 1985 nach Brüssel überweisen mußte.

Wer die Zahlenangaben Stoltenbergs einmal durchleuchtet und - wieder einmal - feststellt: alles Halbwahrheiten, der fragt sich umso mehr, was das alles nun solle. War es nicht Dr. Stoltenberg, der in Brüssel verhandelt hat? Ist er nicht für die deutschen EG-Lasten verantwortlich? Kannte er etwa nicht die EG-Finanzentwicklung, als er das Volumen der Steuersenkungen 1990/1992 von 40 bis 45 Milliarden DM vorgab? Ist das also ein Ablenkungsmanöver oder ist es nur die übliche verwaschene und unverbindliche Form Stoltenbergischer Ankündigungen von Umsatz- und Verbrauchssteuererhöhungen unter dem europäischen Vorwand? Oder sucht Dr. Stoltenberg schon jetzt bei den Ländern und Gemeinden „Schuldige“, weil er fürchtet, mit 40 bis 45 Milliarden DM für die angekündigten Steuersenkungen den Mund zu voll genommen zu haben?

(-/24.4.1986/vs/rs)

* * *



Bonn und das Mahnmal

Die Schwierigkeiten der Bundeshauptstadt mit dem Widerstand

Von Hermann Brungs
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion Bonn

Die Diskussion geht jetzt schon über Jahre: Braucht „unsere Bundeshauptstadt“ eine „nationale Mahn- und Gedenkstätte“? Kanzler Schmidt hatte das angeregt. Die jetzige Möglichkeit für Staatsbesucher, ihren Kranz auf dem Bonner Nordfriedhof (früher Hofgarten) niederzulegen, genügte dem Protokoll nicht. „Schon die Umgebung stört“, so ein Protokollbeamter. Frage: Ist die Anfahrt durch Wohn- und Industriegebiete deswegen störend, weil sie etwas von unserer Wirklichkeit zeigt?

Peinlichkeiten gibt es genug. So zum Beispiel das unsägliche „Aide memoire“ des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, daß der „Ergebnisniederschrift“ zu einer Sitzung vom 14. Dezember 1983 beigefügt war. Einer Sitzung, bei der außer dem „Volksbund“ alles vertreten war, was sich für befugt hält, hier Position zu beziehen: Vom Ring deutscher Soldatenverbände bis zum Deutschen Bundeswehrverband. Mit dabei war auch der Zentralverband der Widerstandskämpfer. Nicht eingeladen war zum Beispiel der Zentralrat der Juden. Oder Vertreter von Sinti und Roma. Die fehlten. Heraus kam dann unter anderem der Vorschlag, eine „maßstäblich überzogene Dornenkrone, schwebend oder bodennahe“ könne das Symbol sein.

Oscar Schneider (CSU), ressortmäßig zuständiger Bundesminister, schob dann auch. In einer Sitzung des „Gemeinsamen Ausschusses Bund, Land, Stadt“ sprach er von einem „Mahnmal, das vom Rhein aus für alle sichtbar sein“ müsse. Das Niederwald-Denkmal ließ grüßen.

Die SPD machte die Diskussion öffentlich. In einem von der SPD-Bundestagsfraktion am 3. Juli 1985 veranstalteten Hearing sprachen Betroffene - Juden, „Zigeuner“ und auch der Verbände der Kriegsoffer. Eine Einigung konnte es nicht geben. Die Sensibilität wurde größer.

Am 3. Oktober 1985 wandte sich dann Hans-Jochen Vogel an den Kanzler und die Vorsitzenden der anderen Bundestagsfraktionen. Auf der Grundlage der Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 sollte ein Gedenken möglich gemacht werden. Ein Mahnmal sollte durch ein „Denkhaus“ ergänzt werden.

Die Bemühungen um einen Konsens scheinen jetzt gescheitert zu sein.

Ich meine, wir sollten auf Bemühungen um „Einigkeit“ jetzt verzichten. Wir müssen sagen, daß die Vorstellungen der Konservativen auf eine Geschichts-Fälschung hinauslaufen. Das müssen wir deutlich machen. Und laut sagen. Auch wenn das unbequem ist, oder sein sollte.

Aber die Angelegenheit hat auch einen lokalen Aspekt. Nach Fellner, Spee und Bitburg muß darüber gesprochen werden.

Scheinbar ist in Bonn mit seiner absoluten CDU-Mehrheit alles in Ordnung. Seit Jahren werden die ehemaligen Bonner Juden in ihre Vaterstadt eingeladen. Auf Initiative der SPD - nach einigem Hin und Her, - aber immerhin. Gedenktafeln wurden angebracht. Zum Teil sehr spät - aber immerhin. Ein Verein „An der Synagoge“ bekommt Geld und ein Haus von der Stadt, um Gedenken vorzubereiten.



Aber das ist nur die Oberfläche. Denn ein Gedenken wird nicht dort möglich sein, wo es der Verein wollte: Am Standort der alten Bonner Synagoge (linksrheinischer Brückenkopf der Kennedybrücke). Dort ist heute ein Parkplatz (wie das übrigens die Nazis schon 1938 nach der „Reichskristallnacht“ wollten). Dort soll ein Hotel hin. Darüber wurde schon länger verhandelt. Da störte das Vorhaben, hier eine Gedenkstätte zu schaffen. Man hätte es ohne weiteres bei der endgültigen Verabschiedung des Bebauungsplans vorsehen können. Aber das geschah nicht. Der Investor paßte. Und das wollte die Stadt auch nicht mehr. Ein entsprechender Antrag der SPD-Ratsfraktion im Dezember 1985 wurde nur von den Grünen unterstützt. CDU und FDP stimmten komplett dagegen. In namentlicher, in nichtöffentlicher Sitzung durchgeführter Abstimmung.

Aber der Investor ist großzügig. Er spendete 75.000 DM, die jetzt für eine Gedenkstätte im geplanten Stadtmuseum Verwendung finden sollen.

So ist scheinbar erreicht, was der Investor wollte: Kein Gedenken, was Hotelgäste stören könnte und Ruhe in der Öffentlichkeit, da man ja so großzügig ist.

Vor einigen Wochen wurde im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion um die Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter eine Fernsehdokumentation von Lea Rosh wiederholt. Dabei wurde ein Dokument gezeigt, aus dem sichtbar wurde, daß der große Baukonzern Philip Holzmann zu den „Arbeitgebern“ von Zwangsarbeitern gehörte. Und das nicht zu knapp.

Philip Holzmann heißt übrigens auch der Investor des neuen, geplanten Hotels am linksrheinischen Brückenkopf. Und dieses Unternehmen spendete jetzt großzügig 75.000 DM, um sich an der „Errichtung einer Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus außerhalb des verkauften Grundstücks mit Geld- und Sachleistungen“ zu beteiligen. Dies „ist im Kaufvertrag (von der Stadt, der jetzt dieses Grundstück gehört! d.Verf.) verbindlich zu vereinbaren.“ So die Ratsvorlage.

Wer nimmt in diesem Land eigentlich woher noch den Mut, ein gemeinsames „Mahnmal für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft“ zu fordern und zu bauen? {-/24.4.1986/vo-he/rs}

* * *

Danke, Karl Schiller

Zum 75. Geburtstag des ehemaligen Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

Von Wolfgang Roth MdB

Heute wird der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Professor Dr. Karl Schiller, 75 Jahre alt. Die Sozialdemokraten haben Karl Schiller vieles zu verdanken. Er hat entscheidend mit dazu beigetragen, ideologische Fixierungen und traditionalistisches Denken, nicht nur in seiner eigenen Partei, aufzubrechen.

Karl Schiller war es, der dem Konzept der Globalsteuerung im Sinne einer konjunkturpolitischen Absicherung marktwirtschaftlicher Abläufe zum Durchbruch verhalf. Mit den Mitteln einer anti-zyklischen Nachfragesteuerung bekämpfte er erfolgreich die Rezession von 1966/67. Auch wenn das Konzept der Globalsteuerung wegen der engen Verflechtungen der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft an Bedeutung eingebüßt hat, so wäre es dennoch vollkommen falsch - wie die derzeitige Bundesregierung es tut - auf eine antizyklische Nachfragesteuerung zu verzichten.

Mit Karl Schillers Namen verbinden wir Sozialdemokraten aber auch eine wirtschaftspolitische Konzeption, die auf sozialen Ausgleich ausgerichtet war. Er war der Vater der Konzentrierten Aktion, der die großen gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch brachte. Für ihn war soziale Symmetrie nicht bloß ein Schlagwort, sondern vielmehr Kernpunkt seines wirtschaftspolitischen Konzeptes selbst. Er wußte, daß unsere Volkswirtschaft nur dann gedeihen kann, wenn die großen gesellschaftlichen Gruppen zu Kompromissen auf Zeit sich verständigten. Er ist einer der herausragenden Vertreter jener deutschen Sozialkultur, die in den letzten 40 Jahren in der Bundesrepublik entstanden ist und die heute von Wirtschaftsliberalen in den konservativen Parteien attackiert wird.

Wir Sozialdemokraten sagen Karl Schiller danke und fügen hinzu: Wir brauchen Dich.

(-/24.4.1986/vo-he/rs)

* * *

